

Tagesordnung I Punkt 14.1 der öffentlichen Sitzung am 03. Februar 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-03-0016

**Kürzungen der Landesregierung beim Schul- und Vereinssport
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur
am 03. Februar 2011 zu TOP 14.-**

Die Landesregierung plant Kürzungen im Bereich Schulsport in Höhe von 200.000 €. Das Programm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen soll um ein Drittel gekürzt werden.

Daher wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten schriftlich zu berichten:

1. Sind für Wiesbaden Kürzungen zu erwarten und wenn ja in welcher Höhe?
2. Welche Auswirkungen sind durch die Kürzungen beim Ganztagsangebot im Sportbereich an Schulen jetzt schon ersichtlich und in Zukunft zu erwarten?
3. Welche Auswirkungen sind durch die Kürzungen beim Vereinssport jetzt schon ersichtlich und in Zukunft zu erwarten?

Beschluss Nr. 0030

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Die Landesregierung plant Kürzungen im Bereich Schulsport in Höhe von 200.000 €. Das Programm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen soll um ein Drittel gekürzt werden.

Daher wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten (*ggf. in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt*) schriftlich zu berichten:

1. Sind für Wiesbaden *jetzt und in Zukunft* Kürzungen zu erwarten und wenn ja in welcher Höhe?
2. Welche Auswirkungen sind durch die Kürzungen beim Ganztagsangebot im Sportbereich an Schulen jetzt schon ersichtlich und in Zukunft zu erwarten?
3. Welche Auswirkungen sind durch die Kürzungen beim Vereinssport jetzt schon ersichtlich und in Zukunft zu erwarten?

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2011

Spruch
stellvertretende Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2011

Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister